

Deutscher Bundestag

- Stenografischer Dienst -

Hartmut Koschyk, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Poß, so ist es immer, wenn die SPD im Deutschen Bundestag Debatten über die Zukunft der finanziellen Situation unserer Kommunen beantragt: Es gibt nur lautes Getöse und Klamauk, aber es gibt überhaupt nichts an Substanz, das unseren Kommunen zu mehr Entlastung auf der Ausgabenseite verhilft und ihre Einnahmesituation stetig und kontinuierlich verbessert. Sie haben viel Lärm gemacht, aber Sie haben überhaupt nichts an Substanz geboten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Lothar Binding
(Heidelberg) (SPD): Das wissen die Kommunen
besser!)

Diese Bundesregierung hat eine Regierungskommission eingesetzt, die sowohl die Einnahmesituation der Kommunen als auch die Ausgabenseite der Kommunen betrachten soll, die sich aber auch um eine Verbesserung der Rechtsstellung der Kommunen bemüht. Denn viel zu oft werden europäische und bundesgesetzliche Vorgaben auf den Weg gebracht, ohne danach zu fragen, was es die Kommunen kostet. Darin, lieber Herr Poß, ist Ihre Fraktion gemeinsam mit den Grünen Meister in Deutschland gewesen, als Sie in Regierungsverantwortung waren. Sie haben die Grundsicherung im Alter eingeführt, ohne den Kommunen dafür genug Geld an die Hand zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Kerstin
Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt
doch gar nicht!)

Sie haben bei den Kosten der Unterkunft immer zulasten der Kommunen gespart. Es war Ihr Minister, Herr Clement, der im Jahr 2005 den Anteil des Bundes bei den Kosten der Unterkunft auf Null setzen wollte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die SPD trägt die Verantwortung für diese Lasten. Sie wurden den Kommunen aufgebürdet und nicht durch entsprechende Mittel aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen.

Wir wollen das Problem jetzt grundsätzlich lösen. Lieber Herr Poß, wiegen Sie die Kommunen nicht in einer falschen Sicherheit bezüglich der Gewerbesteuer. Bundesminister Schäuble hat bei dem Gespräch mit den Kommunen, das diese erbeten hatten, auf eines hingewiesen, nämlich darauf, dass wir eine Rechtsprechung haben, vor der auch Sie die Augen nicht verschließen können. Ich denke an das BFH-Urteil vom Juni dieses Jahres. Erweiterte Verrechnungsmöglichkeiten auch ausländischer Verluste zulasten der Gewerbesteuer werden zunehmend durch die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs anerkannt.

(Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU): Sehr richtig!)

Das heißt, die Gewerbesteuer in ihrer gegenwärtigen Form ist auch im Hinblick auf Tendenzen in der deutschen Finanzgerichtsrechtsprechung und europäischer Entwicklungen längst unter Druck. Das gilt insbesondere im Hinblick auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in beträchtlicher Höhe, die das künftige Gewerbesteueraufkommen gefährden, insbesondere wenn die von mir erwähnte Rechtsprechung anhält und sich verfestigen sollte. Deshalb muss man grundsätzlich über das Problem sprechen.

(Joachim Poß (SPD): Das ist eine politische Drohung!)

Wir werben dafür, dass wir mit den Kommunen in dieser Kommission möglichst gemeinsam zu einer Lösung kommen.

Ich möchte jetzt noch eine andere Frage stellen. Die Kommunen brauchen doch mehr Autonomie, sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmeseite.

(Bernd Scheelen (SPD): Wer sagt das?)

- Das wollen die Kommunen, lieber Herr Scheelen.

(Bernd Scheelen (SPD): Das wollen die Länder nicht,
und die Kommunen wollen es auch nicht!)

Ich habe an den beiden Sitzungen der Gemeindereformkommission teilgenommen. Dort haben vor allem die Kommunen darum gebeten, dass wir ihnen auch im Hinblick auf die Sozialstandards, also bezüglich ihrer Situation auf der Ausgabenseite, größere Spielräume an die Hand geben.

(Joachim Poß (SPD): Das ist doch etwas ganz
anderes!)

Diese Bundesregierung hat gehandelt. Es war der
Bundesfinanzminister,

(Joachim Poß (SPD): CDU-Leute sind für Ablenkung
immer gut!)

der gesagt hat, dass er den Kommunen bei der im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Neuregelung der Regelsätze für SGB-II-Empfänger durch Satzungsrecht die Möglichkeit an die Hand geben will, bei den Kosten der Unterkunft größere Spielräume zu bekommen, auch mit Blick auf die

Festlegung einer regional unterschiedlichen Höhe der Regelsätze. Das ist ein erster wichtiger Schritt.

Die Arbeitsgruppe „Standards“ der Gemeindereformkommission hat fast 100 Vorschläge zusammengetragen, um die Kommunen auf der Ausgabenseite zu entlasten. Wir wollen den Kommunen aber auch auf der Einnahmeseite größere Spielräume und mehr Gestaltungshoheit ermöglichen.

Lieber Herr Poß, dass Sie den Vorschlag, über ein Zuschlagsrecht, ein Gestaltungsrecht bei der Einkommensteuer, nachzudenken, mit einem einzigen Satz abgebügelt haben, zeigt, wie leicht Sie es sich in dieser Sache machen.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Darüber haben wir schon länger nachgedacht!)

- Nein, Sie haben nicht darüber nachgedacht.

(Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Natürlich! Schon vor Jahren!)

Wenn Sie darüber nachgedacht hätten, dann würden Sie diese Möglichkeit nicht von vornherein zu den Akten legen.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Wir haben doch schon im Rahmen der Föderalismuskommission gesagt, dass das viel günstiger wäre!)

Bei der Gewerbesteuer haben die Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten. Dieser Gewerbesteuerwettbewerb wirkt sich dämpfend aus. Warum soll es einen solchen gesunden Wettbewerb, bei dem es um mehr Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen geht, nicht auch bei

der Einkommensteuer geben? Sie sind nicht daran interessiert, weil Sie kommunale Selbstverwaltung mit Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen auf der Einnahme- wie der Ausgabenseite in Wahrheit gar nicht wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Lachen bei der SPD)

Sie wollen, dass die Kommunen auf Dauer Subsidienempfänger sind und ihr Schicksal sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite nicht selbst in die Hand nehmen können.

(Joachim Poß (SPD): Wovon reden wir denn die ganze Zeit?)

Wir wollen mit der Politik, die darin besteht, die Kommunen zu alimentieren und am Tropf zu halten, Schluss machen.

(Nicolette Kressl (SPD): Glauben Sie eigentlich, was Sie da erzählen? Das glauben Sie doch wohl selbst nicht!)

Wir wollen mit den Kommunen zu einvernehmlichen Lösungen kommen. Wir wollen, dass sie mehr Gestaltungsmöglichkeiten auf der Einnahmeseite bekommen, dass sich ihre Einnahmesituation verbessert und dass sie nicht von der volatilen Entwicklung bei den Steuereinnahmen abhängig sind.

(Nicolette Kressl (SPD): Keine Ahnung, der Mann!)

Sie sollen aber auch auf der Ausgabenseite mehr Gestaltungsmöglichkeiten bekommen.

Wir werden zu Ergebnissen kommen, die für die Kommunen eine bessere Zukunft bedeuten. Als Sie in Deutschland regiert haben, haben Sie

das nie geschafft. Wir allerdings werden für eine bessere Zukunft der Kommunen sorgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Joachim Poß (SPD): Wir haben diese Regelung doch gemeinsam getroffen! Sie haben wohl vergessen, was im Jahre 1998 war! - Nicolette Kressl (SPD): So ein Blödsinn! - Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Sie haben zwar immer mit dem Finger auf uns gezeigt, aber gemeint haben Sie andere!)